

Klaus Peter Kisker studierte ab 1956 an der sogenannten Freien Universität Volkswirtschaftslehre, arbeitete dann als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften und wurde 1970 habilitiert. Bis heute hält er jedes Semester das Seminar: Marx Reloaded – Die gegenwärtige ökonomische Entwicklung aus marxistischer Perspektive.

Das Interview führte Tilman Schneider

Interview mit Klaus Peter Kisker

FU70: Sehr geehrter Herr Prof. Kisker, vielen Dank, dass Sie sich die Zeit für das Gespräch nehmen. Sie sind in Bielefeld aufgewachsen, haben in Hannover angefangen Volkswirtschaftslehre zu studieren und sind 1956 dann nach Berlin an die sogenannte Freie Universität, die damals noch in den Kinderschuhen steckte, gegangen. Was gab für Sie den Ausschlag an die FU zu wechseln?

Klaus Kisker: Ich war schon als Schüler politisch sehr interessiert, war zwar nicht in einer Partei organisiert, hatte mich aber schon bei verschiedenen Organisationen engagiert. Es war vor allem der Ruf der FU, eine fortschrittlichere, politisch aufgeschlosseneren Universität zu sein, der mich nach Berlin zog. Diesem Ruf ist sie leider mit einer kurzen Ausnahme Ende der 60er Jahre kaum je gerecht geworden.

FU70: Wie würden Sie die Struktur an der FU, insbesondere natürlich die Rolle der Studierenden, in dieser Zeit beschreiben?

K. K.: Neu war an der FU, dass ein Student Mitglied des Fakultätsgremium war. Außerdem wurde ein neues Tutorenmodell ausprobiert. Das gab es bis dahin an den westdeutschen Universitäten nicht. Ansonsten aber war die FU eine stinknormale, konservative Hochschule. Sie war geprägt -wie alle anderen Universitäten- durch die oligarchische Herrschaft der Ordinarien. Da die FU im Wettbewerb mit den älteren, etablierten westdeutschen Universitäten stand hat man hier den Muff unter den Ta-

laren implementiert und noch mehr gepflegt als in Westdeutschland. Die Freie Universität war keine neue Universität. Das einzige was wirklich fortschrittlich an der FU war, war das Verbot von schlagenden Verbindungen an der Universität, welches bis heute noch Bestand hat.

FU70: Das passt ja nur bedingt zur Gründungsgeschichte der sogenannten Freien Universität, wie sie gerne erzählt wird, die sich ja gründete um der politischen Indoktrinierung der heutigen Humboldt Universität durch die sowjetische Besatzungsmacht etwas entgegenzusetzen.

K. K.: Das ist sowohl richtig als auch gleichzeitig falsch! Die Freie Universität ist als „Antiuniversität“ zur Humboldt Universität gegründet worden – deswegen auch der Name. Der Journalist Erich Kuby hat 1965 in einem viel beachteten Aufsatz erörtert weshalb der Name Freie Universität problematisch ist, da dieser ein antithetische Bindung an die Humboldt Universität symbolisiert. Auf Grund dieses Artikels bekam Kuby Hausverbot und er konnte trotz der Proteste und Demonstrationen eines großen Teils der Studenten nicht an der FU sprechen. In der Tat war es in den 50ern und Anfang der 60er Jahren so, dass die FU stark an Amerika orientiert war. Irgendeine kritische Auseinandersetzung mit der USA war in dieser Zeit völlig unmöglich. Insofern war die FU frei vor dem Einfluss des Ostens, unfrei jedoch was die Indoktrinierung durch den Westen betraf.

FU70: Das ist ja vermutlich insbesondere auch für ihren

*Fachbereich interessant gewesen, die Volkswirtschaftslehre, gerade weil die Ökonomie in der Nachkriegszeit vor allem durch US-amerikanische Wissenschaftler*innen dominiert wurde?*

K. K.: Es war in der Tat so, dass es eine merkwürdige Diskrepanz zwischen der praktizierten Wirtschaftspolitik der 50er Jahre und der Lehre an der Universität gab. In der Wirtschaftspolitik herrschte der sogenannte Ordoliberalismus, oder wie Alexander Rüstow ihn nannte, der neue Neoliberalismus. An den Universitäten wurde jedoch Keynesianismus gelehrt, beziehungsweise der „Bastard – Keynesianismus“ wie Joan Robinson ihn betitelte.

Dass, was ich in den 50er Jahren gelernt habe, war diese neoliberale Version des Keynesianismus, diese sogenannte Hick'sche Synthese, von der Robinson, Leontief und andere mit Recht gesagt haben, das sie mit den keynesianischen Ideen fast nichts mehr zu tun hatte. Dass Keynes so interpretiert und gelehrt wurde ist zweifellos dem Einfluss der Amerikaner geschuldet, denn der wahre Keynes, und das habe ich erst viel später mitbekommen, hatte ja massive Kritik an der kapitalistischen Entwicklung geäußert. Von der haben wir als Studenten jedoch nichts gehört!

FU70: Ein anderes Thema, das uns aktuell beschäftigt sind die steigenden Studierendenzahlen, auch die Wirtschaftswissenschaften sind Massenstudiengänge, die oft überbucht sind. Auch in den 50ern und 60ern ist die FU ist nach ihrer Gründung sehr schnell gewachsen, wie haben Sie die (Lern-) Situation damals erlebt?

K. K.: Die Situation in den 50er und 60er Jahren war nicht viel anders als heute. Die Seminare waren immer überfüllt, das Verhältnis von Lernenden und Lehrenden also sehr ungünstig.

*FU70: In Nachkriegsdeutschland wurden an vielen Hochschulen NS-belastet Hochschullehrer*innen berufen, auch an der FU. Hatten Sie das Gefühl, dass sich mit solchen Berufungen und auch der NS Zeit kritisch auseinandergesetzt wurde?*

K. K.: Das ist richtig, in den 50er Jahren wurden an die FU eine ganze Reihe von NS-belasteten Hochschullehrern berufen. An der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät beispielsweise war der der Star der Betriebswirte Prof. Erich Kosiol. Er war ab 1932 Mitglied der SA und ab 1933 Mitglied der Nazi-Partei gewesen und wurde ab 1948 dann Professor an der FU. Ein weiterer, noch schlimmerer Fall der uns damals auch beschäftigt hat, war der Volkswirt Prof. Thalheim, der 1933 der SA beigetreten ist und im selben Jahr einen Aufruf zu dem Bekenntnis der Hochschullehrer zu Hitler mitinitiiert und unterschrieben hatte. Dieser Alt-Nazi wurde 1951 Professor bei den Wirtschaftswissenschaften. Es gab eine Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit mehrerer Hochschullehrer, aber auf Grund der oligarchischen Strukturen, fand diese nur unter der Oberfläche statt. In einem sogenannten „Braunbuch“ wurde die Nazivergangenheit vieler Professoren zum Thema gemacht. Aber dies öffentlich, oder zumindest universitäts-öffentlich zu diskutieren

wäre in den 50er Jahren unmöglich gewesen. Eine offene Auseinandersetzung mit der NS-Zeit begann erst 1965 mit den Vorläufern der 68er-Bewegung.

FU70: Sie waren selbst in der Studierendenschaft organisiert und an der Universität aktiv und kamen dadurch vermutlich auch mit den Lehrenden in Kontakt. Wie hat sich für Sie ihr politische (Gremien-) Arbeit damals gestaltet, beziehungsweise wie haben sie die politische Situation der Studierenden damals wahrgenommen?

K. K.: Ich selbst saß als gewählter Studentenvertreter in der Fakultät. Allerdings war das eine reine Alibi Veranstaltung, da ich dort unter ca. 25 Professoren saß. Wenn ich da irgendetwas kritisches gesagt habe, wurde entweder beifällig genickt oder der Kopf geschüttelt und dann zur Tagesordnung übergegangen. Diese Beteiligung der Studierenden auf Fakultäts- aber auch Senats-ebene war keine Mitbestimmung.

FU70: Das hört sich aus meiner Perspektive sehr ähnlich zur Situation heute an. Sie sind ja immer noch Teil der FU und geben weiterhin ihre Seminare und erleben dadurch ja auch die aktuelle Situation. Wie würden Sie diese, im Kontext zu ihren Erfahrungen in den 50er Jahren, bewerten?

K. K.: Heute haben wir leider auch keine wesentliche Verbesserung. Es gab eine wesentliche Verbesserung 1969 mit dem damals verabschiedeten Universitätsgesetz. Dieses Gesetz war die verzweifelte Antwort der Westberliner Regierung, auf die studentischen Proteste. In diesem 68'er Universitätsgesetz gab es die sogenannte Drittelparität, die jedoch zwei Jahre später auf Druck der konservativen Hochschullehrer durch das Karlsruher Urteil aufgehoben wurde. Seitdem ist der Einfluss der Studenten und der Assistenten auf die Universität wieder sehr begrenzt.

1968 gab es eine ganz kurze Zeit, in welcher die Ordinarien die Welt nicht mehr verstanden und dementsprechend große Unsicherheit bei ihnen herrschte. Diese Periode wurde 73/74 mit dem Karlsruher Urteil und dem Kippen des Universitätsgesetzes beendet.

FU70: Trotzdem ist die FU ja in der Außenwahrnehmung, obwohl es diese Erfahrungen und Erlebnisse, wie Sie sie auch gemacht haben, gibt, linkspolitisch konnotiert und versucht sich auch selbst immer wieder mit diesem Image zu vermarkten.

K. K.: Linkspolitisch konnotiert war die FU auf Grund ihres – leider nur sehr bedingten – Rufes, der viele fortschrittlich denkende Studentinnen und Studenten angezogen hatte und etwas zehrt die FU noch von diesem Ruf. Wenn ich mir den Fachbereich Wirtschaftswissenschaften ansehe, an dem ich von 1970 bis heute tätig bin, muss ich feststellen, dass es seitens der Hochschullehrer keine linke Auseinandersetzung gibt oder gab. Der Fachbereich ist fest in der Hand der Neoliberalen. Den Außenseiter hat man versucht zu eliminieren. Während meiner Lehrtätigkeit gab es beispielsweise zwei Versuche mich mittels Disziplinarverfahren wieder „loszu-

werden“, jeweils mit fadenscheinigen Begründungen. Und selbst nach dem ich pensioniert wurde, versuchte der Fachbereich mir die Lehrerlaubnis zu entziehen, also meine Habilitation und damit meine Lehrbefugnis, die lebenslang gilt, außer Kraft zu setzen. Dieser Versuch ließ sich dann mit Hilfe eines Anwalts gegen den Widerstand des Präsidenten, verhindern.

FU70: Während Ihrer Studienzzeit durften Sie ja auch miterleben wie die Mauer gebaut und Westberlin komplett abgeriegelt wurde. Wie haben Sie damals die Situation in der Stadt erlebt?

K. K.: Ich habe natürlich mit vielen anderen gegen den Bau der Mauer protestiert, aber persönlich hat mich die Mauer nie groß gestört. Westberlin war groß und bunt genug. Das Leben in Westberlin war eigentlich völlig normal, auch das studentische Leben. Die Kneipen waren gut besucht und in den Lehrveranstaltungen spielte der Mauerbau keine Rolle.

FU70: Sie sprechen im Plural, waren Sie damals politisch organisiert?

K. K.: Es gab an der FU mehrere politisch orientierte Zirkel, in denen heftig über Marx, die Hochschulpolitik und die Entwicklung in der Stadt debattiert wurde. In einer Partei organisiert habe ich mich erst nach meinem USA Aufenthalt im Frühjahr 1969 als ich der SPD beitrug. Linke Studenten hatten damals eine SPD-Hochschulgruppe gegründet, entgegen einer Satzung der SPD, und mit dieser konnten wir auch einigen Einfluss auf das Universitätsgesetz nehmen.

Zur Zeit meines Studiums in den 50ern habe ich mich in der evangelischen Studentengemeinde engagiert. Es gab damals einen Spruch: Wem der SDS nicht links genug ist, der geht in die evangelische Studentengemeinde. Und da habe ich auch an vielen Aktionen teilgenommen und leitete einen marxistischen Arbeitskreis.

FU70: In den letzten zwei Jahren wurde an der FU die Polizei mehrfach gegen Studierende eingesetzt. Gleichzeitig hat die FU ja doch eine ausgeprägte Protestgeschichte, beispielsweise in Form der 68er Bewegung und des Unistreiks 88/89, um zwei große Ereignisse zu nennen. Wie würden Sie aktuell das politische Potenzial an der FU einschätzen?

K. K.: Hier an der FU ist immer noch mehr als an den meisten westdeutschen Universitäten ein politisches Potenzial vorhanden. Aber die Arbeits- und Studienbedingungen heute machen es extrem schwer es zu leben. Sie sind so viel anders als zu meiner Zeit in den 50er und 60er Jahren. Die Bologna Reform hat dazu geführt, dass die Bachelor- und Masterstudiengänge derart verschult sind, dass die Studenten nur noch sehr wenig Zeit haben sich zu engagieren. Ich vermute, dass die Anforderungen an die Studentinnen und Studenten bewusst so ausgerichtet sind, dass sie die Studenten daran hindern neben dem Studium irgendetwas anderes zu betreiben.

Das ein Potenzial da ist, zeigt, dass kritische Studentinnen und Studenten der Wirtschaftswissenschaft, die KriWis, eine Vorlesungsreihe „Denkschulen der Öko-

nomik“ heute „Paradigmen und Kontroversen ökonomischer Theorie“ genannt durchgesetzt haben. In dieser sehr erfolgreichen Lehrveranstaltung, die seit mehreren Semestern läuft und immer von rund 200 Studentinnen und Studenten besucht wird, wird die herrschende Lehre hinterfragt. Ein weiterer Beleg ist mein Marx-Seminar, für das ich immer weit mehr Anmeldungen habe als ich aufnehmen kann. Aus dem Seminar heraus entstehen viele Polit-Ökonomische Bachelorarbeiten.

FU70: Die Möglichkeit politisch aktiv zu werden hat ja auch viel mit der ökonomischen Situation der Studierenden zu tun. Wie haben Sie damals ihr Studium finanziert?

K. K.: Ich bekam einen Zuschuss von meinen Eltern, der allerdings sehr knapp bemessen war. Meine Eltern waren gerade so gestellt, dass ich kein Bafög bekam. Ich habe mich daher um eine Stelle als Studentische Hilfskraft bemüht. Mit dieser, und ein bisschen Jobben, habe ich dann mein Studium finanziert.

FU70: Entstand aus dieser Anstellung als Studentische Hilfskraft auch ihr Fortbeschäftigung als wissenschaftlicher Mitarbeiter?

K. K.: Ja, die Arbeit als studentische Hilfskraft hat mir Freude gemacht und den Wunsch an der Uni zu arbeiten verfestigt. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter, beziehungsweise Assistent war ich 100% abhängig von meinem Chef. Er konnte mich -ohne jeglichen Kündigungsschutz- jeden Tag rausschmeißen. Eine meiner Aufgaben war es eine Übung zur Vorlesung meines Chefs zu halten. Als ich dort versuchte ein bisschen Kritik zu üben, bekam ich prompt großen Ärger. Er warf mir schwere Illoyalität vor und beanstandete, dass ich nacheinander Fakultäts-, Uni-, und Landesassistentenvertreter war und nur hochschulpolitisch aktiv zu sein anstatt mich um die Belange seines Lehrstuhls zu kümmern. Er wollte mich rausschmeißen. Erst als ich ihm klar machen konnte, dass dies zu einem hochschulpolitischen Skandal führen würde, habe ich einen Rauschmiss erster Klasse bekommen. Ich bekam ein Habilitationsspendsium, Hausverbot in seinem Institut und durfte keine Lehre mehr machen. Damit war er mich ohne Skandal los.

FU70: Als abschließende Frage: Gibt es irgendetwas was Sie heutigen Studierenden mit auf den Weg geben möchten, um die Uni wieder zu politisieren?

K. K.: Ich sage in meinen Seminaren und Vorträgen immer wieder: Die Forderungen der SDS Denkschrift aus den 60ern „Hochschule in der Demokratie“ sind nach wie vor aktuell. Forderungen nach mehr Demokratie, Forderungen nach mehr Mitbestimmung, Forderungen nach mehr Diskussionsfreiheit, nach mehr kritischer Auseinandersetzung in den Lehrveranstaltungen sind wichtig und notwendig. Insbesondere am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften ist fundamentale Kritik an den Lehrinhalten notwendig, denn das, was bei uns gelehrt wird, ist weitgehend irrelevant.

FU70: Vielen Dank für das Gespräch!